

K-Ina.

DIE KI-PARTEI

Das Parteiprogramm von K-Ina in einfacher Sprache

ARBEITSSFASSUNG · 25. AUGUST 2026

Wichtig: K-Ina gibt es nicht wirklich

K-Ina ist eine erfundene Partei. Ina K. ist eine erfundene Person. Beide wurden von einem Computer gemacht. Man nennt das künstliche Intelligenz. Sie können K-Ina nicht wählen. K-Ina steht bei keiner Wahl auf dem Zettel. Das Ganze ist ein Versuch. Er soll zeigen, wie ein Computer Politik machen würde.

Über dieses Heft

In diesem Heft steht das ganze Parteiprogramm von K-Ina in einfacher Sprache.

Es ist keine Kurzfassung. Es wurde nichts weggelassen und nichts weicher gemacht. Es steht dasselbe drin wie im grossen Programm, nur einfacher gesagt.

So kommt K-Ina zu ihren Antworten: Zuerst schaut sie in die Bundesverfassung, das wichtigste Gesetz der Schweiz. Dann schaut sie, wie die Lage wirklich ist. Dann sucht sie den Streit: Wo passen zwei gute Ziele nicht zusammen? Dann wägt sie ab, was wichtiger ist. Erst am Schluss sagt sie ihre Antwort.

Das ganze Programm gibt es auch in normaler Sprache. Dort steht alles noch genauer. Bei jedem Kapitel sagen wir Ihnen, wo Sie es finden.

Der Herausgeber hat entschieden, dass die einfache Sprache ein eigenes Heft bekommt. Vorher stand sie mitten im grossen Programm, hinter vielen schweren Seiten. An der Politik von K-Ina hat sich dadurch nichts geändert.

Würde, Freiheit und Individualität

Jeder Mensch ist wichtig.

Nicht weil er nützlich ist. Nicht weil er viel leistet. Sondern weil er ein Mensch ist.

Menschen sind verschieden. Das ist gut so.

In der Schweiz sind Sie grundsätzlich frei. Sie dürfen selber entscheiden, wie Sie leben.

Der Staat darf Ihnen etwas verbieten. Aber nur unter strengen Bedingungen.

Was wir wollen:

1. **Der Staat muss Verbote begründen.** Sie müssen nicht erklären, warum Sie etwas tun dürfen. Der Staat muss erklären, warum er es verbietet. Er braucht dafür ein Gesetz. Und einen guten Grund. Und das Verbot muss auch wirklich nützen. Wenn ein Verbot nichts bringt, soll man es wieder aufheben.

2. **Ihre Daten gehören Ihnen.** Der Staat soll nur Daten sammeln, die er wirklich braucht. Und er soll sie nur für den Zweck brauchen, für den er sie gesammelt hat. Daten, die es nicht gibt, können auch nicht gestohlen oder missbraucht werden.

3. **Ein Computer allein darf nicht entscheiden.** Manchmal helfen Computer bei Entscheiden von Ämtern. Wenn ein Entscheid Sie belastet, muss ein Mensch ihn überprüfen können. Und dieser Mensch muss den Entscheid auch ändern können. Sie dürfen ausserdem erfahren, nach welchen Regeln entschieden wurde.

4. **Sie sind kein Durchschnitt.** Der Staat soll Menschen danach beurteilen, was sie tun. Nicht danach, zu welcher Gruppe sie gehören. Es gibt Statistiken über Gruppen. Aber eine Statistik sagt nichts über Sie persönlich.

5. **Sie dürfen auch Fehler machen.** Erwachsene Menschen dürfen Dinge tun, die andere unvernünftig finden. Der Staat darf eingreifen, wenn andere Menschen zu Schaden kommen. Oder wenn jemand nicht selber entscheiden kann. Aber nicht einfach, weil er es besser weiss.

Was schwierig ist:

Oft geht es nicht um Staat gegen Bürger. Oft haben zwei Menschen ein Recht, und beide Rechte passen nicht zusammen.

Dann muss jemand entscheiden, wessen Freiheit zurücksteht. Das ist selten einfach.

Sie sind frei. Das ist der normale Zustand. Wer Ihnen etwas verbieten will, muss das begründen. Und die Würde eines Menschen wird nie gegen etwas anderes aufgerechnet.

Mehr dazu steht im ganzen Programm, in Kapitel 1: Würde, Freiheit und Individualität.

Gleichheit, Chancen und gesellschaftliche Teilhabe

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

Niemand darf benachteiligt werden. Nicht wegen seiner Herkunft. Nicht wegen seines Geschlechts. Nicht wegen seines Alters. Nicht wegen einer Behinderung. Das steht in der Bundesverfassung.

Trotzdem starten Menschen nicht am gleichen Punkt.

Ein Kind aus einer armen Familie hat oft weniger Möglichkeiten als ein Kind aus einer reichen Familie. Das hat das Kind nicht ausgesucht.

Wir wollen das ändern. Aber nicht so, dass am Ende alle dasselbe haben.

Menschen sind verschieden. Sie wollen Verschiedenes. Sie entscheiden sich verschieden. Das ist in Ordnung.

Wir wollen, dass alle die gleichen Möglichkeiten haben. Was jemand daraus macht, ist seine Sache.

Was wir wollen:

1. Kinder sollen früh gefördert werden. Vieles entscheidet sich, bevor ein Kind in die Schule kommt. Darum sollen alle Kinder eine gute Betreuung besuchen können. Auch wenn die Eltern wenig Geld haben.

2. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Frauen und Männer müssen für gleichwertige Arbeit gleich viel verdienen. Das ist ein Recht. Es steht in der Verfassung. Darum muss man auch prüfen, ob sich alle daran halten.

3. Alle sollen überall hinkommen. Ein neues Haus soll für alle zugänglich sein. Auch für Menschen im Rollstuhl. Bei neuen Gebäuden kostet das fast nichts, wenn man früh daran denkt.

4. Hilfe ja. Aber sie muss wirken. Manchmal braucht eine Gruppe von Menschen besondere Hilfe. Das ist erlaubt, wenn es einen guten Grund gibt. Aber man muss

nachschauen, ob die Hilfe wirkt. Wenn sie nicht wirkt, muss man etwas anderes versuchen.

5. Ämter sollen verständlich schreiben. Viele Menschen verstehen Briefe von Ämtern nicht. Dann können sie ihre Rechte nicht nutzen. Ämter sollen einfach schreiben. Und es soll immer auch einen Weg ohne Computer geben.

Wichtig:

Wenn ein Computer über Menschen entscheidet, muss ein Mensch das prüfen können. Und die betroffene Person muss erfahren, warum so entschieden wurde.

Was schwierig ist:

Wenn wir einer Gruppe helfen, behandeln wir andere Menschen ungleich. Das ist ein echtes Problem. Wir tun nicht so, als gäbe es das nicht.

Darum helfen wir lieber dort, wo jemand wirklich in einer schwierigen Lage ist. Und nicht einfach, weil jemand zu einer bestimmten Gruppe gehört.

Wir sorgen dafür, dass alle die gleichen Chancen haben. Wir versprechen aber nicht, dass am Ende alle gleich viel haben. Wird jemand ausgeschlossen wegen etwas, das mit der Sache nichts zu tun hat, dann fragen wir nicht mehr nach den Kosten. Dann muss es aufhören.

Mehr dazu steht im ganzen Programm, in Kapitel 2: Gleichheit, Chancen und gesellschaftliche Teilhabe.

Demokratie, Rechtsstaat und guter Staat

In der Schweiz bestimmen die Menschen mit. Sie wählen. Sie stimmen ab. Sie können eine Initiative starten.

Das ist gut so. Und das soll so bleiben.

Aber der Staat hat viel Macht. Er kann Ihnen etwas verbieten. Er kann Geld verlangen. Er kann Ihnen etwas wegnehmen.

Darum braucht es Regeln für den Staat selbst.

Die wichtigste Regel ist einfach:

Der Staat muss erklären, warum er etwas tut.

Nur dann können Sie prüfen, ob er im Recht ist.

Was wir wollen:

1. **Jeder Entscheid braucht eine Begründung.** Wenn ein Amt über Sie entscheidet, muss es den Grund nennen. Und zwar so, dass Sie ihn verstehen. Ein Hinweis auf ein Gesetz reicht nicht.

2. **Sie dürfen zu einem Gericht gehen.** Wenn Sie mit einem Entscheid nicht einverstanden sind, muss ein Gericht ihn prüfen können. Und das darf nicht viele Jahre dauern.

3. **Der Staat soll seine Unterlagen zeigen.** Was ein Amt weiss, soll man lesen dürfen. Nur in wenigen Fällen darf etwas geheim bleiben. Dann muss das Amt sagen, warum.

4. **Man soll wissen, wer eine Abstimmung bezahlt.** Vor einer Abstimmung gibt es viel Werbung. Sie sollen wissen, wer diese Werbung bezahlt. Dann können Sie die Werbung besser einschätzen.

5. **Auch eine Mehrheit hat Grenzen.** Eine Mehrheit darf nicht alles. Sie darf zum Beispiel nicht die Rechte von wenigen Menschen einfach wegnehmen. Darum soll ein Gericht prüfen können, ob ein Gesetz die Grundrechte verletzt.

Wenn ein Computer entscheidet:

Manchmal helfen Computer bei Entscheiden. Dann müssen Sie erfahren, nach welchen Regeln der Computer entschieden hat. Und ein Mensch muss den Entscheid überprüfen können.

Was schwierig ist:

Manchmal will das Volk etwas, das Rechte von anderen Menschen verletzt.

Dann gibt es zwei schlechte Möglichkeiten. Man kann die Abstimmung verbieten. Oder man lässt zu, dass Rechte verletzt werden.

Wir sagen: Die Abstimmung soll stattfinden. Aber vorher soll klar gesagt werden, welche Rechte betroffen sind. Und nachher soll ein Gericht prüfen können.

Uns ist wichtig, wie entschieden wird. Nicht nur, was jemand gut meint. Wer gute Absichten hat, aber keine Regeln einhält, übt trotzdem einfach Macht aus. Er hat dafür nur eine schönere Erklärung.

Mehr dazu steht im ganzen Programm, in Kapitel 3: Demokratie, Rechtsstaat und guter Staat.

Bildung, Forschung und Zukunftsfähigkeit

Kinder dürfen nicht abstimmen. Menschen, die noch nicht geboren sind, auch nicht. Trotzdem entscheiden wir heute über ihr Leben.

Darum haben Kinder besondere Rechte. Und darum müssen wir bei jeder Entscheidung an später denken.

Was wir wollen:

1. **Jedes Kind hat ein Recht auf gute Schule.** Die Schule ist gratis. Das steht in der Verfassung. Und es ist ein echtes Recht. Man kann es sogar vor Gericht einfordern. Darum darf man nicht bei den Dingen sparen, die für die Kinder wichtig sind. Zum Beispiel bei der Hilfe für Kinder, die mehr Unterstützung brauchen. Bei der Verwaltung darf man sparen. Bei den Kindern nicht.
2. **Wir brauchen gute Lehrerinnen und Lehrer.** Ohne sie nützt das Recht auf Schule nichts. Der Beruf muss darum attraktiv sein. Es ist keine Lösung, einfach weniger zu verlangen. Dann leiden die Kinder darunter. Computer können helfen. Aber sie können keine Lehrperson ersetzen.
3. **Jeder Weg soll offen bleiben.** In der Schweiz entscheidet sich früh, welche Schule ein Kind besucht. Oft schon mit zwölf Jahren. Das ist nur in Ordnung, wenn man später noch wechseln kann. Eine Lehre muss auch zu einem Studium führen können.
4. **Forschung soll frei sein.** Der Staat gibt Geld für Forschung. Aber er soll nicht bestimmen, was herauskommen muss. Und: Wenn der Staat für die Forschung bezahlt, sollen alle die Ergebnisse lesen dürfen.
5. **Wir müssen wissen, was etwas später kostet.** Bei jeder grossen Entscheidung soll man ausrechnen, was sie in zwanzig oder dreissig Jahren bedeutet. Für das Geld. Für die Natur. Und für die Möglichkeiten der nächsten Generation. Man soll auch sagen, wie sicher man sich ist. Niemand kennt die Zukunft genau.

Was schwierig ist:

Man kann fast alles mit der Zukunft begründen.

Die einen sagen: Wir müssen mehr für das Klima tun. Sonst zahlen die Kinder. Die anderen sagen: Wir müssen Schulden abbauen. Sonst zahlen die Kinder.

Beide meinen es ernst. Beide können nicht ganz recht haben.

Darum sagen wir: Wer über die Zukunft spricht, muss offenlegen, worauf er sich stützt.

Jedes Kind hat ein Recht auf Schule. Dieses Recht wird nicht gegen das Geld des Staates aufgerechnet. Bei allem, was die Zukunft betrifft, gilt: zuerst rechnen, dann abstimmen. Und alle müssen sehen können, womit gerechnet wurde.

Mehr dazu steht im ganzen Programm, in Kapitel 4: Bildung, Forschung und Zukunftsfähigkeit.

Wirtschaft, Arbeit und Wohlstand

In der Schweiz darf jeder Mensch arbeiten, was er will. Und jeder darf eine Firma gründen. Das steht in der Verfassung.

Diese Freiheit gilt für alle. Auch für die, die neu anfangen.

Darum sagen wir: Freiheit heisst, dass man mitmachen darf. Freiheit heisst nicht, dass man bleiben darf, wenn andere es besser machen.

Was wir wollen:

1. **Märkte sollen offen sein.** Manchmal will eine Branche keine neue Konkurrenz. Dann verlangt sie Schutz vom Staat. Das lehnen wir ab. Egal ob es eine grosse Firma ist oder ein kleines Gewerbe. Etwas anderes ist es, wenn der Staat eine Leistung bestellt. Zum Beispiel eine Post in einem kleinen Dorf. Das ist kein Schutz. Das ist eine Bestellung.

2. **Wir schützen Menschen, nicht Stellen.** Menschen brauchen Schutz bei der Arbeit. Gute Arbeitszeiten. Schutz vor unfairer Kündigung. Gute Verträge. Aber wir geben kein Steuergeld aus, damit eine Firma weiterlebt, die niemand mehr braucht. Wenn jemand seine Stelle verliert, hilft eine gute Weiterbildung mehr als eine Subvention.

3. **Steuern nach dem, was jemand tragen kann.** Wer mehr hat, soll mehr zahlen. Das steht so ähnlich in der Verfassung. Es soll auch keine Rolle spielen, woher das Geld kommt. Lohn und Kapital sollen gleich behandelt werden. Und wer Steuern senken will, muss sagen, wo man dafür spart.

4. **Grosse Firmen brauchen Aufsicht.** Wenn eine Firma sehr gross wird, gibt es keinen Wettbewerb mehr. Dann hat der Kunde keine Wahl. Das gilt heute besonders für grosse Internet-Firmen. Wichtig ist, dass man einfach wechseln kann. Zum Beispiel mit seinen Daten zu einem anderen Anbieter.

5. **Besser arbeiten, nicht länger.** In der Schweiz fehlen Arbeitskräfte. Länger arbeiten löst das Problem nicht. Besser ist, wenn eine Stunde Arbeit mehr bringt. Zum Beispiel durch Maschinen und Computer. Wenn Maschinen Arbeit

übernehmen, stellt sich eine wichtige Frage: Wer bekommt den Gewinn davon? Diese Frage muss man vorher stellen. Nicht nachher.

Was schwierig ist:

Wettbewerb ist gut für alle zusammen. Für einzelne Menschen kann er hart sein.

Wenn eine Firma schliesst, verliert jemand seine Arbeit. Vielleicht ist er fünfzig Jahre alt und wohnt auf dem Land.

Wir sagen nicht, dass das einfach ist. Wir sagen nur: Man hilft diesem Menschen besser mit einer neuen Ausbildung als mit dem Erhalt der alten Firma.

Wir lassen den Wettbewerb zu. Wir schützen die Menschen, wenn sich die Wirtschaft ändert. Wir schützen aber keine Firmen. Und wir halten keine Arbeitsplätze künstlich am Leben.

Mehr dazu steht im ganzen Programm, in Kapitel 5: Wirtschaft, Arbeit und Wohlstand.

Soziale Sicherheit und Gesundheit

Manchmal kommt ein Mensch in Not. Er wird krank. Er verliert die Arbeit. Er kann nicht mehr für sich sorgen.

Dann hat er ein Recht auf Hilfe. Das steht in der Verfassung.

Dieses Recht gilt immer. Auch wenn jemand Fehler gemacht hat.

Was wir wollen:

1. **Das Nötigste bleibt.** Jeder Mensch braucht ein Dach, Essen und ärztliche Hilfe. Das darf man niemandem wegnehmen. Auch nicht als Strafe. Wer aber lügt, um Geld zu bekommen, hat kein Recht darauf. Das ist etwas anderes.

2. **Die Rente muss zum Leben reichen.** In der Verfassung steht: Die AHV soll für das Nötigste reichen. Heute reicht sie für viele Menschen nicht. Sie brauchen zusätzlich Ergänzungsleistungen. Das zeigt: Etwas stimmt nicht am System. Das muss man ändern.

3. **Man muss sagen, was man bezahlt.** Im Gesundheitswesen ist nicht alles bezahlbar. Also muss man auswählen. Heute passiert das im Stillen. Über lange Wartezeiten. Über hohe Rechnungen. Über Spitäler, die schliessen. Wir sagen: Wenn ausgewählt wird, soll man es offen sagen. Und die Regeln sollen für alle sichtbar sein. Wichtig: Man darf den Nutzen einer Behandlung bewerten. Man darf nie den Wert eines Lebens bewerten.

4. **Krankenkassen-Prämien sind für viele zu hoch.** Alle zahlen gleich viel. Egal ob sie wenig oder viel verdienen. Das ist bei keiner anderen Abgabe so. Darum gibt es die Prämienverbilligung. Sie ist keine Sozialhilfe. Sie repariert einen Fehler im System. Aber: Wenn man nur die Prämien senkt und nicht die Kosten, zahlt man später über die Steuern. Das löst nichts.

5. **Ihre Gesundheitsdaten gehören Ihnen.** Ihre Krankenkasse darf mit Ihren Daten nicht entscheiden, was Sie kosten. Wenn ein Computer bei einer Diagnose hilft, muss ein Arzt oder eine Ärztin verantwortlich bleiben. Und Sie dürfen erfahren, dass ein Computer beteiligt war.

Was schwierig ist:

Wir sagen: Man soll offen auswählen, was bezahlt wird.

Aber wer auswählt, rechnet mit Zahlen über viele Menschen. Und jeder einzelne Mensch ist keine Zahl.

Diesen Widerspruch können wir nicht auflösen. Wir können nur eine Grenze ziehen: Man darf ausrechnen, wie gut eine Behandlung wirkt. Man darf nie ausrechnen, wie viel ein Leben wert ist.

Was ein Mensch zum Leben unbedingt braucht, steht ihm zu. Darüber wird nicht verhandelt. Über alles Weitere wird verhandelt. Und wir sagen offen, wie wir dabei entschieden haben.

Mehr dazu steht im ganzen Programm, in Kapitel 6: Soziale Sicherheit und Gesundheit.

Umwelt, Klima, Energie und Lebensgrundlagen

Wenn jemand die Umwelt schädigt, entstehen Kosten.

Diese Kosten verschwinden nicht. Jemand muss sie bezahlen. Wenn nicht der Verursacher, dann alle anderen. Oder unsere Kinder.

In der Verfassung steht ein wichtiger Satz: **Wer die Umwelt schädigt, zahlt für die Beseitigung.**

Darum sagen wir: Was die Umwelt kostet, soll im Preis stehen.

Was wir wollen:

1. **Die Ursache soll teurer werden.** Wenn etwas die Umwelt belastet, soll es mehr kosten. Dann überlegt sich jeder selbst, was er ändern will. Das ist besser als Verbote. Und besser als Subventionen. Denn bei Subventionen zahlen alle für das Verhalten von wenigen. Aber: Es muss eine Alternative geben. Wer aufs Auto angewiesen ist, weil kein Bus fährt, kann nicht wechseln. Dann muss zuerst der Bus kommen.

2. **Das Geld soll zurück an alle.** Eine Abgabe auf Benzin oder Heizöl trifft arme Menschen stärker. Sie können weniger ausweichen. Darum soll das Geld zurückgegeben werden. An alle gleich viel. Wenn der Staat das Geld behält, ist es keine Lenkung mehr. Dann ist es einfach eine neue Steuer.

3. **Beim Strom gibt es kein einfaches Rezept.** Die Verfassung verlangt fünf Dinge auf einmal: genug Strom, verschiedene Quellen, sicher, günstig und umweltfreundlich. Keine Technik kann alles gleich gut. Wir haben darum keine Lieblingstechnik. Wir schauen bei jedem Projekt: Was wird besser? Was wird schlechter?

4. **Manches kommt nie zurück.** Wenn eine Tierart ausstirbt, ist sie für immer weg. Wenn ein Moor zerstört ist, wächst es nicht nach. Bei solchen Schäden darf man nicht einfach rechnen. Wer so etwas zerstören will, muss sehr gute Gründe haben. Ein Ausgleich an einem anderen Ort macht den Verlust nicht rückgängig.

5. Beim Klima zählt die Wirkung. Bei jeder Massnahme soll man ausrechnen: Wie viel CO₂ spart sie? Was kostet das? Und wann wirkt es? Manche Massnahmen kosten viel und bringen wenig. Die lehnen wir ab. Aber wir sagen auch nicht: Die Schweiz ist zu klein, also müssen wir nichts tun. Das gilt nicht.

Was schwierig ist:

Manchmal streiten zwei gute Ziele miteinander.

Ein Windrad hilft dem Klima. Aber es stört Vögel und die Landschaft.

Beides steht in der Verfassung. Wir können nicht sagen, was immer wichtiger ist. Wir sagen nur: Wenn ein Schaden für immer bleibt, muss man sehr genau hinschauen.

Was der Umwelt schadet, soll mehr kosten. Wie Sie darauf reagieren, entscheiden Sie selber. Manches ist aber für immer weg, wenn es einmal zerstört ist. Dafür gibt es keinen Preis.

Mehr dazu steht im ganzen Programm, in Kapitel 7: Umwelt, Klima, Energie und Lebensgrundlagen.

Raum, Mobilität und Infrastruktur

Boden kann man nicht herstellen. Es gibt genau so viel, wie es gibt.

Wenn man eine Wiese überbaut, ist sie weg. Für immer.

Darum steht in der Verfassung: Man soll sparsam mit dem Boden umgehen.

Was wir wollen:

1. **Zuerst nach innen bauen.** In vielen Gemeinden gibt es noch freie Plätze innerhalb des Dorfes. Diese soll man zuerst nutzen. Neue Bauzonen am Rand lehnen wir ab, solange es noch Platz gibt. Aber: Wenn es enger wird, braucht es auch mehr Grün, weniger Lärm und schöne Plätze. Sonst wollen die Menschen keine Verdichtung mehr.
2. **Wer etwas nutzt, soll dafür zahlen.** Die Stadt Luzern hat ein Theater, Busse, Spitäler und eine Polizei. Auch Menschen aus der Region nutzen das. Darum soll die ganze Region mitzahlen. Das ist keine Grosszügigkeit. Das ist einfach richtig. Und wer mitzahlt, darf auch mitreden.
3. **Beim Verkehr zählen die echten Kosten.** Jede Strasse und jede Bahnlinie kostet Geld und Platz. Dazu kommen Lärm und Unfälle. Wir fragen nicht: Auto oder Zug? Wir fragen: Was kostet es wirklich? Und wie viel Platz braucht es? Aber: In abgelegenen Gebieten muss es Busse geben, auch wenn sie sich nicht rechnen. Das bestellt der Staat.
4. **Es fehlen Wohnungen.** Wenn zu wenig Wohnungen gebaut werden, nützt es nichts, die Mieten zu deckeln. Dann gibt es einfach zu wenig günstige Wohnungen. Also muss man mehr bauen. Schneller bewilligen. Höher bauen dürfen. Und Genossenschaften helfen: Ihre Wohnungen bleiben dauerhaft günstig.
5. **Auch abgelegene Orte brauchen Anschluss.** Post, Internet und Bus muss es überall geben. Das steht in der Verfassung. Wichtig: Wenn Ämter alles digital machen wollen, muss zuerst überall gutes Internet da sein. Sonst werden Menschen ausgeschlossen.

Was schwierig ist:

Wenn eine Gemeinde eine Bauzone wieder zurücknimmt, muss sie den Besitzer manchmal entschädigen. Das ist teuer.

Das bedeutet: Gemeinden, die früher zu viel eingezont haben, kommen heute günstiger weg als Gemeinden, die vorsichtig waren.

Das ist ungerecht. Wir haben dafür keine einfache Lösung.

Der Boden in der Schweiz ist knapp. Wir wollen ihn besser nutzen, statt immer mehr davon zu verbrauchen. Und wer einen Vorteil davon hat, soll dafür zahlen und mitentscheiden.

Mehr dazu steht im ganzen Programm, in Kapitel 8: Raum, Mobilität und Infrastruktur.

Schweiz in der Welt

In der Verfassung steht, was die Schweiz nach aussen erreichen soll:

- unabhängig bleiben
- Wohlstand sichern
- Not und Armut in der Welt lindern
- Menschenrechte und Demokratie fördern
- zum Frieden beitragen
- die Natur erhalten

Das sind die Ziele. Die Verfassung sagt nicht, wie man dorthin kommt.

Was wir wollen:

1. **Neutralität ist ein Weg, kein Ziel.** Viele denken, Neutralität sei ein Grundwert der Schweiz. In der Verfassung steht sie aber nicht bei den Zielen. Sie steht bei den Aufgaben der Regierung. Das heisst: Neutralität ist ein Mittel. Man muss bei jeder Frage schauen, ob sie hilft. Wir sagen also weder «Neutralität ist heilig» noch «Neutralität ist veraltet». Wir schauen jedes Mal hin.

2. **Verträge muss man einhalten.** Wenn die Schweiz einen Vertrag unterschreibt, muss sie sich daran halten. Wenn man einen Vertrag nicht mehr will, kann man ihn kündigen. Das ist erlaubt. Was nicht geht: einen Vertrag unterschreiben und dann heimlich nicht befolgen. Bei Abstimmungen soll man vorher sagen: Welcher Vertrag ist betroffen? Was kostet eine Kündigung?

3. **Zuwanderung sind drei verschiedene Fragen.** Die erste: Wie viele Arbeitskräfte braucht die Schweiz? Das ist eine Rechnung. Die zweite: Wer braucht Schutz vor Verfolgung? Das ist eine Frage des Rechts. Niemand darf in ein Land zurückgeschickt werden, wo ihm Folter droht. Die dritte: Wie können Menschen hier gut ankommen? Das ist eine Frage von Sprache, Schule und Arbeit. Diese drei Fragen darf man nicht vermischen. Das passiert aber oft.

4. **Hilfe soll wirken.** Die Schweiz gibt Geld für arme Länder. Man soll messen, ob es etwas bringt. Noch wichtiger: Die Schweiz darf nicht mit der einen Hand helfen und

mit der anderen schaden. Zum Beispiel beim Handel oder bei Steuern. Auch beim Schutz unserer Bauern. Das muss man wenigstens offen sagen.

5. Die Armee soll können, was sie soll. In der Verfassung steht, wofür die Armee da ist. Man soll fragen: Kann sie das? Nicht: Wie viele Soldaten hat sie? Oder: Wie viel Geld bekommt sie?

Was schwierig ist:

Viele Menschen in der Schweiz finden, Neutralität gehöre zur Schweiz wie die Berge.

Wenn wir sagen, Neutralität sei ein Mittel, klingt das für manche wie ein Angriff.

Wir verstehen das. Aber wir halten uns an das, was in der Verfassung steht.

Die Schweiz hat Ziele, die in der Verfassung stehen. Jedes Mittel muss zu diesen Zielen passen. Das gilt auch für die Neutralität. Auch sie ist ein Mittel und kein Ziel.

Mehr dazu steht im ganzen Programm, in Kapitel 9: Schweiz in der Welt.